

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 14. Februar 2024 · Nr. 37 · 245. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50

US-Senat billigt Ukraine-Hilfe

Im Repräsentantenhaus bleibt Unterstützung ungewiss

ws., Washington · Am frühen Dienstagmorgen war es so weit. Der amerikanische Senat genehmigte neue Hilfsgelder für die Ukraine, Israel und Verbündete im Indopazifik mit 70 zu 29 Stimmen. Das gesamte Paket umfasst Ausgaben von rund 95 Milliarden Dollar, wobei davon etwa 60 Milliarden für Kiew sowie 14 Milliarden für Jerusalem vorgesehen sind.

Zu grosse Hoffnungen sollten sich die Ukrainer aber nicht machen. Denn der Senat war nie der eigentliche Grund für die monatelange Verzögerung im Kongress. Weil die Geldtöpfe für Waffenlieferungen an die Ukraine praktisch leer waren, hatte Präsident Joe Biden den Kongress bereits im letzten Spätsommer um die Bewilligung neuer Finanzmittel gebeten. Doch der einflussreiche Trump-Flügel der Republikaner im Repräsentantenhaus machte klar, dass Kiew nur dann neue Hilfen erhält, wenn die Demokraten einer Verschärfung der Einwanderungsgesetze zustimmen.

Seit Oktober suchten republikanische und demokratische Senatoren deshalb nach einem Kompromiss. Als sie diesen kürzlich vorstellten, wurde er jedoch von Donald Trump torpediert, obwohl die Demokraten weitgehende Zugeständnisse in der Asylpolitik gemacht hatten. Der voraussichtliche Präsidentschaftskandidat der Republikaner will die Migrationskrise an der Südgrenze zu Mexiko offensichtlich nicht lösen, sondern im Wahlkampf als Thema bewirtschaften. Der Senat stimmte den Ukraine-Geldern nun deshalb ohne Änderungen in den Einwanderungsgesetzen zu. Weil Trump aber auch keine neuen Gelder für die Ukraine will, dürfte der republikanische Vorsitzende im Repräsentantenhaus, Mike Johnson, die Vorlage kaum in dieser Form zur Abstimmung bringen.

Ein Ausweg aus dem Dilemma wäre eine sogenannte «discharge petition». Wird diese von einer parteiübergreifenden Mehrheit unterstützt, könnte sie eine Abstimmung gegen den Willen des Speakers erzwingen. Dafür würden derzeit jedoch mindestens fünf mutige Republikaner benötigt, die mit den Demokraten gegen Trumps Meinung und die eigene Fraktionsführung stimmen. Möglicherweise reicht auch dies nicht aus, weil einzelne linke Demokraten aufgrund von Bedenken über die Hilfsgelder für Israel ebenfalls ein Nein einlegen könnten.



Kambez Nuri und Tomas Vollenweider sind Gewaltberater.

HANNES HEINZER

Mannsein muss man lernen

Zwei Männerberater sensibilisieren Zürcher Jugendliche

hin. · Gewalt ist männlich geprägt. Und sie richtet sich oft gegen Frauen: Jede Woche überlebt in der Schweiz eine Frau einen versuchten Mord, alle zwei Wochen bringt ein Mann eine Frau um. Die Frau kannte in vielen Fällen den Täter: Es war ihr Partner, ihr Ex-Freund, der Vater.

Die Schweiz hat ein Problem mit häuslicher Gewalt – und nicht nur sie. Gewalt gegen Frauen ist ein globales Phänomen. 2022 wurden weltweit 89 000 Frauen ermordet, so schätzt die Uno. Der höchste Stand seit zwanzig Jahren. Die Dunkelziffer bleibt hoch. In der Hälfte der Fälle war der Täter ein Familienangehöriger der getöteten Frau.

Kambez Nuri und Tomas Vollenweider sind Gewaltberater beim Mannebüro, einer Beratungsstelle für Männer in Zürich. Das Mannebüro betreut Männer, die Schwierigkeiten mit ihrer Rolle als Mann haben. Nuri und Vollenweider begleiten Männer, die ein Gewaltproblem haben oder befürchten, eines zu entwickeln. Sie wissen, wie gross die Verzweiflung und die Unsicherheiten bei einigen Männern sind.

Mit einem neuen Männlichkeitskurs für Jugendliche wollen Nuri und Vollenweider nun häuslicher Gewalt vorbeugen. Der Workshop soll die Schü-

ler sensibilisieren und ihnen aufzeigen, dass Männlichkeit gewaltfrei möglich ist, dass auch Männer traurig, verletzt, ratlos sein dürfen. Nuri und Vollenweider sagen: Über Gefühle zu sprechen, ist Stärke.

Kambez Nuri und Tomas Vollenweider besuchen Schulklassen und besprechen mit den jungen Männern, was es heisst, ein Mann zu sein. Im Kurs geht es um den Austausch. Die Schüler dürfen erzählen, diskutieren, streiten. Einige hören zum ersten Mal, dass viele an Männer gerichtete Erwartungen von der Gesellschaft geschürt werden, es Alternativen gäbe.

Die Nachfrage an den Schulen im Kanton Zürich ist gross. Die Schulen haben Probleme mit respektlosen und teilweise gewalttätigen Schülern. Viele junge Männer eifern Machos nach, die Gewalt verherrlichen und Verletzlichkeit verhöhnen. Sie können zuschlagen, haben aber das Weinen verlernt.

Sechzehn Kurse haben die Gewaltberater Nuri und Vollenweider bereits durchgeführt. Drei davon an der Sekundarschule Wetzikon. Ein Besuch im Klassenzimmer zeigt: Der Gesprächsbedarf bei den jungen Männern ist da.

Zürich, Seite 13

Die Inflation sinkt unerwartet stark

In der Schweiz sind Importgüter billiger geworden

Im Januar ist die Teuerung auf das niedrigste Niveau seit Herbst 2021 gesunken. Bei den Daten der vergangenen Jahre dürfte jedoch der Kaufkraftverlust vieler Haushalte unterschätzt werden.

THOMAS FUSTER

Eigentlich waren sich die meisten Ökonomen im Vorfeld einig: Die Inflation der Schweiz würde im Januar nochmals deutlich zulegen, und zwar aufgrund des Anstiegs von Preisen, die der Staat administriert. So war für Anfang Jahr nicht nur eine Erhöhung der Mehrwertsteuer angekündigt. Auch andere regulierte Preise wie etwa die Ausgaben für Strom würden nochmals stark steigen.

Tatsächlich sind die Konsumentenpreise im Januar gestiegen, wie Daten des Bundesamtes für Statistik zeigen. Doch die Zunahme fällt deutlich niedriger aus, als dies erwartet worden war. Gegenüber dem Dezember haben die Preise um 0,2 Prozent angezogen und gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 1,3 Prozent. Die meisten Prognostiker hatten jedoch mit einem Plus der Jahresteuering zwischen 1,5 und 2,2 Prozent gerechnet.

Kampf noch nicht zu Ende

Die Jahresteuering vom Januar entspricht dem niedrigsten Wert seit Herbst 2021. Im Dezember hatte sie noch bei 1,7 Prozent gelegen. Sie befand sich damit Ende vergangenen Jahres noch recht nahe am oberen Ende des Zielbands von 0 bis 2 Prozent, das die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit Preisstabilität gleichsetzt. Seither hat sich die Inflation von dieser Obergrenze weiter entfernt. Das bringt die SNB ihrem Ziel näher, die Inflation mittelfristig im Zielbereich stabilisieren zu können.

Dass die Preise im Januar dennoch gestiegen sind, hat diverse Gründe. Stark angezogen haben die Strompreise, und zwar um 18 Prozent gegenüber dem Vormonat. Auch Ausgaben für die Hotellerie haben sich gegenüber dem Dezember im zweistelligen Prozentbereich verteuert. Mehr hinlegen musste man ferner für Motorfahrzeugversicherungen und Mahlzeiten in Restaurants. Billiger geworden sind dafür die Preise im Luftverkehr und für Bekleidung und Schuhe, die im Januar aufgrund des Ausverkaufs traditionell sinken.

Ein wichtiger Posten fehlt in dieser Auflistung: die Krankenkassenprämien. Sie haben sich 2024 zwar im Schnitt um fast 9 Prozent verteuert und stellen für viele Haushalte neben dem Wohnen den zweitgrössten Ausgabenposten dar. In der Inflation zeigt sich das aber nicht. Mit dem Argument, die höheren Prämien erklärten sich nicht nur mit höheren Preisen für medizinische Leistungen, sondern auch damit, dass grössere Mengen an Leistungen nachgefragt würden, bleiben die Prämien bei der Inflationsmessung ausgeklammert. Das verfügbare Einkommen der meisten Haus-

halte dürfte sich daher in den vergangenen Jahren stärker verringert haben, als dies die Teuerung nahelegt. Das hat nicht nur mit den unberücksichtigten Ausgaben für die Krankenkasse zu tun. Auch die Nominallohne haben bei den meisten Arbeitnehmenden nicht mithalten können mit der Inflation. So liegt die aufsummierte Inflation seit Ende 2020 bei 6,4 Prozent, während die Löhne im gleichen Zeitraum im Durchschnitt um weniger als 3 Prozent gestiegen sind.

Hinzu kommt, dass der Kampf gegen die Inflation noch keineswegs zu Ende ist. Trotz positiver Überraschung im Januar bleibt die Situation fragil; Rückschläge können nicht ausgeschlossen werden. So sind die jüngsten Erhöhungen administrierter Preise noch nicht vollständig durch das Wirtschaftssystem gesickert; die höhere Mehrwertsteuer dürfte zum Teil erst in den kommenden Monaten an die Bevölkerung weitergereicht werden. Und aufgrund des im Dezember zum zweiten Mal erhöhten hypothekarischen Referenzzinssatzes werden viele Mieten ab April erneut steigen, was sich dann auch in den Inflationsdaten spiegeln wird.

Der SNB-Präsident Thomas Jordan warnte daher vor zwei Wochen in einem Fernsehinterview vor weiteren Zweitrundeneffekten; gemeint sind damit Preiserhöhungen als unmittelbare Reaktion auf vorangegangene Kostensteigerungen. Man müsse weiterhin Vorsicht walten lassen, sagte der Notenbankchef. Dennoch zeigte sich auch Jordan zuversichtlich, dass die Inflation angesichts des nachlassenden Teuerungsdrucks nicht erneut über das Limit von 2 Prozent steigen werde.

Franken wird schwächer

Blickt man etwas genauer auf die Januar-Daten, fällt auf, dass sich die Importgüter klar verbilligt haben, und zwar um 1,3 Prozent gegenüber dem Dezember. Ein Grund dürfte neben den gefallen Erdölpreisen vor allem der erstarkte Franken sein. Die Inlandgüter haben sich demgegenüber verteuert, und zwar um 0,6 Prozent gegenüber dem Dezember und um – anhaltend hohe – 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Anders als zu Beginn dieser Inflationswelle, als die Teuerung zum grossen Teil aus dem Ausland importiert wurde, ist die Inflation derzeit also ein inländisches Phänomen.

Am Devisenmarkt führten die Inflationszahlen zu einer ungewöhnlich starken Abschwächung des Frankens, sowohl gegenüber dem Euro als auch dem Dollar. Viele Investoren spekulieren, dass die SNB aufgrund der rückläufigen Inflation nun früher als erwartet den derzeit bei 1,75 Prozent liegenden Leitzins senken wird. Eine solche Zinssenkung würde zu einer grösseren Zinsdifferenz zum Ausland und somit zu einer Abschwächung des Frankens führen. Gegen baldige Zinssenkungen spricht jedoch das noch immer relativ niedrige Zinsniveau der Schweiz und das Interesse der SNB, gegenüber der Nullzins-Grenze einen gewissen Puffer und somit geldpolitischen Spielraum aufrechtzuerhalten.

ANZEIGE



«Der Flughafen Zürich ist für die ganze Schweiz wichtig. Wir müssen ihn verantwortungsvoll betreiben. Darum sage ich Ja zu den Pistenverlängerungen.»

Rita Fuhrer, Alt-Regierungsrätin, Auslikon

